

Andreas Müller

mobil 0174/3019484  
e-mail [mueller-hanau@t-online.de](mailto:mueller-hanau@t-online.de)  
web [www.linkefraktion-mkk.de](http://www.linkefraktion-mkk.de)

1. September 2009

### **DIE LINKE Kreistagsfraktion ruft zum 05. September in Gelnhausen auf**

In ihrer Sitzung am 31. August hat sich die LINKE Kreistagsfraktion mit der geplanten NPD Veranstaltung in Gelnhausen befasst und ruft alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, sich an der geplanten Gegenveranstaltung zu beteiligen. Dieses Zeichen gegen Rechtsextreme ist nicht nur Sache der Stadt Gelnhausen, sondern ein kreisweites Thema, das alle angeht, damit hat Landrat Erich Pipa völlig Recht.

Volkmar Höhne erklärt hierzu: „Neofaschismus und Gewalt von rechts sind ein Dauerproblem und werden seit einigen Jahren von einer zunehmenden, vor allem auf kommunaler Ebene stabilen, parlamentarischen Präsenz rechtsextremistischer Parteien begleitet. Ein NPD-Verbot wird seit langem von großen Teilen der antifaschistischen Bewegung und der LINKEN, der SPD und von Teilen der Grünen gefordert. Für ein NPD Verbot gibt es vor allem zwei Gründe: Der Staat darf nicht neutral sein, wenn eine Partei das Lebensrecht anderer bestreitet, nationalsozialistisches Gedankengut wiederbelebt und die Demokratie abschaffen will. Und es ist nicht zu akzeptieren, dass eine rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Partei von der gesetzlich vorgesehenen Parteifinanzierung profitiert.“ Im Jahr 2006 waren immerhin 45 Prozent des NPD-Haushalts staatliche Gelder (Wahlkampfkostenerstattung).

DIE LINKE unterstützt ein Verbot der NPD. Aber zuallererst müssen die Bund und Länder die grundlegenden Voraussetzungen schaffen, damit ein Verbot überhaupt ernsthaft geprüft werden kann: die V-Leute der Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD müssen abgeschaltet werden.

Für DIE LINKE ist ein Verbotverfahren zudem keine Ersatzhandlung für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Mit einem NPD-Verbot wären sie nicht aus der Welt. Die LINKE fordert daher, dass die staatlichen Mittel zur Förderung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus deutlich erhöht und vor allem verstetigt werden. Das reicht von Opferschutz über Schulung demokratischer KommunalpolitikerInnen bis hin zu (Aus-)Bildungs- und Lehrinhalten.

Aber auch andere Maßnahmen sind notwendig: Wie St. Ingbert und Ottweiler im Saarland müssen die Städte und Gemeinden konsequent gegen NPD-Plakate vorgehen, in denen Ausländer zur

"Heimreise" oder zum "Heimflug" aufgefordert werden! Diese Plakate sind nicht nur verfassungsfeindlich und verstoßen gegen die Grundpfeiler des deutschen Grundgesetzes, sondern sind im höchsten Maße menschenverachtend.", so Volkmar Höhne. Er stützt sich dabei auch auf ein Urteil in Rheinland-Pfalz: "Dort wurde der Straftatbestand einer Volksverhetzung von den Justizbehörden bereits beschieden und die allgemeine Beschlagnahme der Plakate angeordnet. Und was in Rheinland-Pfalz möglich ist, muss auch im Rest der Republik auch gehen!"

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!

**DIE LINKE.** Kreistagsfraktion Main-Kinzig

gez. Andreas Müller  
Fraktionsvorsitzender